Eine Stadt zum Leben. Eine Stadt zum Bleiben.

Die Bundesrepublik liegt in einem großkoalitionären Dämmerschlaf. Trotz der lange überfälligen Einführung des Mindestlohns, trotz der Rente mit 63 und der Mütterrente, trotz einer im europäischen Vergleich erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung bleiben die meisten drängenden gesellschaftlichen Fragen ungelöst. Der Mindestlohn ist zu gering und hat zahlreiche Löcher, die Mütterrente benachteiligt einen großen Teil der Betroffenen, die Rentenangleichung bleibt aus. Während die Bundesregierung sich regelmäßig selbst für ihre vermeintlichen Erfolge feiert, sind in diesem Land nach wie vor mehr als 3,6 Millionen Menschen ohne Arbeit. Viele von ihnen schon über Jahrzehnte und das ohne Hoffnung, jemals wieder ins Arbeitsleben einsteigen zu können. Menschen in Ostdeutschland sind davon besonders stark betroffen. Altersarmut ist vorprogrammiert. Nach 1990 ist hier flächendeckend Industriestruktur weggebrochen ohne dass es dafür in adäquater Weise Ersatz gegeben hätte. Das hat dazu geführt, dass die Zahl der Erwerbslosen in Ostdeutschland besonders hoch ist und auch die Zahl derjenigen, die sich in Hartz IV wiederfinden. Mit 382 Euro im Monat ist soziale Teilhabe nicht möglich und Armut vorprogrammiert. Insbesondere das mit Hartz IV verbundene Sanktionssystem stellt eine Diskriminierung der davon betroffenen Menschen dar. Deshalb fordert DIE LINKE auch schon seit langem die Abschaffung dieses Sanktionssystems. Darüber hinaus muss der Regelsatz sofort auf 500 Euro angehoben und langfristig über eine Mindestsicherung von mindestens 1050 Euro im Monat nachgedacht werden. Selbstverständlich muss es Ziel LINKER Politik bleiben, möglichst allen Menschen eine dauerhafte, Existenz sichernde Beschäftigung zu gewährleisten. Die Energiewende stockt, Kommunen sind unterfinanziert, öffentliche Daseinsvorsorge wird zusammengestrichen und ins Private und aufs Ehrenamt verlagert.

Unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Sicherheitsinteresses des deutschen Staates werden massenhaft Bürgerinnen und Bürger von deutschen und ausländischen Geheimdiensten ausspioniert ohne dass die Bundesregierung dieser Spionage Einhalt gebietet. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der BND ein Eigenleben außerhalb von Recht und Gesetz entwickelt. Desto wichtiger und aktueller erscheint unsere Forderung nach einer Abschaffung der Geheimdienste.

Die Welt ist auch in den vergangenen Monaten nicht friedlicher geworden. In der Heide wird Krieg geübt. Die Bundeswehr ist nach wie vor an vielen Auslandseinsätzen in der Welt beteiligt. Damit aber werden die Konflikte nicht gelöst. Sichtbar wird das auch an der Tatsache, dass weltweit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Deutschland hat als reiche Industrienation hier eine ganz besondere Verantwortung, das bedeutet, sowohl Sorge dafür zu tragen, dass Flüchtlinge hier menschenwürdig aufgenommen werden und ihnen eine Willkommenskultur entgegengebracht wird, die diesen Namen auch verdient. Andererseits muss alles dafür getan werden, dass die Fluchtursachen in den Herkunftsländern beseitigt werden.

Die europäische Sparpolitik, für die Deutschland eine entscheidende Mitverantwortung trägt, hat gerade die Länder des südlichen Europas an den Rand des Abgrunds gebracht. Immer neue Sparauflagen führten und führen hier zu sozialen Verwerfungen, wie sie bislang in der EU nicht vorstellbar waren, so lag die Jugendarbeitslosenquote im November 2014 in Spanien bei gigantischen 53,5%, in Griechenland bei 49,8 % und in Italien bei 43,9 %. Zum Vergleich: in Deutschland beträgt die Quote 7,4%. Angesichts solcher Zahlen ist es nicht verwunderlich, dass die Selbstmordrate in Griechenland um 36 % gestiegen ist. Auch deshalb ist ein sofortiges Ende dieser Austeritätspolitik notwendig! Die Griechinnen und Griechen haben hier ein eindeutiges Zeichen gesetzt und unsere Schwesterpartei SYRIZA als stärkste Partei ins Parlament gewählt. SYRIZA zeigt als Regierungspartei, dass eine andere Politik möglich ist. Das kann auch für uns als LINKE Vorbild sein.

Die Koalition aus CDU und SPD hat auch Sachsen-Anhalt Stillstand gebracht. Hier wird nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet. Überall im Land werden Strukturen abgebaut. Das trifft den Bereich der Kultur genauso wie die Hochschulen und den öffentlichen Dienst. Die Schulen und die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sind ebenso von diesem Strukturrückbau betroffen wie der Öffentliche Personennahverkehr.

Nach wie vor verliert Sachsen-Anhalt Einwohner. Nach wie vor verlassen vor allem junge Menschen dieses Land. Nach wie vor ziehen zu wenige Menschen hierher, um diesen Trend zu stoppen. Die Landesregierung scheint das aber wenig zu interessieren. Statt dieses Land lebenswert und attraktiv zu machen, wird der Rotstift angesetzt und die Zukunft weggekürzt.

Von den Kürzungen besonders hart betroffen sind die Kommunen im Land. Das merken wir auch hier bei uns in der Landeshauptstadt. Die Frage der Finanzierbarkeit hat längst über die Frage der Notwendigkeit gesiegt. Ein ausgeglichener Haushalt hat Vorrang vor den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner, das ist auch die Sichtweise der Stadtverwaltung in Magdeburg.

 Wir wollen einen anderen Weg! Deshalb muss es unsere vordringlichste Aufgabe sein, den politischen Wechsel in diesem Land zu organisieren und herbeizuführen. Wir kämpfen für ein Ergebnis bei der Landtagswahl, das uns ermöglicht, unseren Gestaltungsanspruch umzusetzen und dafür den Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt zu stellen.

Der Stillstand in Sachsen-Anhalt muss überwunden werden. Deshalb fasste der Landesparteitag den Beschluss, dass sich DIE LINKE einsetzt:

- für eine stabile Daseinsvorsorge im Bereich der sozialen Infrastruktur, der Bildung und Kultur, der öffentlichen Sicherheit und der Verwaltung in allen Regionen unseres Landes, gegen Schrumpfungspolitik und Privatisierung von Gemeingütern,

- für die Gestaltung einer positiven Entwicklung unseres Landes auf der Grundlage einer hohen Qualität von Bildung und Wissenschaft, statt diese einem schnellen Schuldenabbau zu opfern,

- für eine Wirtschaftspolitik, die für einen sozialökologischen Umbau steht, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum stellt und für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt wichtiger ist als die Subventionierung einzelner Unternehmen,

- für transparente und demokratische politische Entscheidungen, ohne Vetternwirtschaft und parteipolitische Begünstigung,

- für eine Politik, die dem Engagement der Menschen vor Ort Vertrauen schenkt, statt sie durch Landespolitik zu dirigieren,

- für die politische Teilhabe aller Menschen im Land, statt sich mit Ausgrenzung auf Grund von Behinderung, mangelndem Einkommen, sozialer oder biografischer Herkunft abzufinden,

- für ein geistiges Klima im Land, das Kreativität und Widerspruch wie auch respektvolles Miteinander fördert, statt auf Ausgrenzung und Gefolgschaft zu setzen.

Der Stadtverband Magdeburg hat als größter Kreisverband in Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung dieser Aufgaben eine besondere Verantwortung. Das muss sich auch in der Arbeit des Stadtverbandes und in unserem kommunalpolitischen Handeln widerspiegeln. Wir müssen unser sozialpolitisches Profil schärfen! Sei es bei der gerade aktuell sehr drängenden Frage der Unterbringung von Flüchtlingen, bei der Verhinderung von sozialen Verwerfungen in den einzelnen Stadtteilen oder bei der Verhinderung einer weiteren Gentrifizierung, bei der Sicherung der sozialen Einrichtungen der Stadt, bei der Bereitstellung eines guten Netzes von Kindertageseinrichtungen und Schulen. Gerade in diesen Bereichen erwarten die Menschen von uns als LINKE Antworten auf die aktuellen sozialen Fragen und Problem, denn das Soziale ist unsere Kernkompetenz. Das muss erkennbar sein!

Diese Aufgaben können wir als Stadtverband aber nur lösen:

- wenn wir gemeinsam handeln und zwar miteinander.

- wenn wir die Kultur des Streits und des Umgangs miteinander in einer Art und Weise pflegen, dass sie produktiv und nicht destruktiv wirkt

- wenn wir die Aufgaben auf viele Schultern verteilen und uns nicht auf einige wenige verlassen die dann für Alles verantwortlich sind.

- wenn wir unsere Strukturen in Ordnung halten und eine möglichst breite Einbeziehung aller Mitglieder gewährleisten

- wenn wir Ideen aufnehmen und umsetzen und bereit sind, auch neue Wege zu gehen, im Interesse der Entwicklung linker Politik

- wenn die Nachwuchsarbeit nach wie vor einen hohen Stellenwert hat und der Nachwuchs auch die Möglichkeit bekommt, Verantwortung zu übernehmen und zwar nicht nur da wo er Etablierten nicht in die Quere kommt, sondern überall

- wenn die älteren Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen einbringen können und dies auch tun

- wenn wir offen für Einflüsse von außen sind und nicht als geschlossener Club agieren

- wenn wir gesellschaftliche Entwicklungen mit wachem Verstand zur Kenntnis nehmen und dann die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen und nicht mit fertigen Antworten aus der Schublade agieren.

Das Alles sollten wir aber nicht um unserer selbst Willen beherzigen, sondern im Interesse derjenigen für die wir Politik machen - die Menschen in dieser Stadt und in diesem Land!